



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. Februar 2014  
(OR. fr)**

---

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2010/0210 (COD)**

---

---

**6128/1/14  
REV 1**

**CODEC 310  
MIGR 15  
SOC 83**

#### **I/A-PUNKT-VERMERK**

---

Absender: Generalsekretariat des Rates  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung  
**(erste Lesung)**  
- Annahme des Gesetzgebungsakts (GA + E)

---

1. Die Kommission hat dem Rat den eingangs genannten Vorschlag<sup>1</sup>, der sich auf Artikel 79 Absatz 2 Buchstaben a und b AEUV stützt, am 13. Juli 2010 übermittelt<sup>2 3</sup>.
2. Der Ausschuss der Regionen hat seine Stellungnahme<sup>4</sup> am 31. März 2011 abgegeben. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme<sup>5</sup> am 4. Mai 2011 abgegeben.

---

<sup>1</sup> Dok. 12208/10.

<sup>2</sup> Nach den Artikeln 1 und 2 des Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und unbeschadet des Artikels 4 dieses Protokolls beteiligen sich diese Mitgliedstaaten nicht an der Annahme dieser Richtlinie und sind weder durch diese Richtlinie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

<sup>3</sup> Gemäß den Artikeln 1 und 2 des Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Richtlinie und ist weder durch diese Richtlinie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

<sup>4</sup> ABl. C 166 vom 7.6.2011, S. 59.

<sup>5</sup> ABl. C 218 vom 23.7.2011, S. 97.

3. Im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung zu den praktischen Modalitäten des Mitentscheidungsverfahrens<sup>1</sup> haben der Rat, das Europäische Parlament und die Kommission informelle Gespräche geführt, um in erster Lesung eine Einigung zu erzielen.
4. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt in erster Lesung am 5. Februar 2014 festgelegt und dabei eine Abänderung am Kommissionsvorschlag vorgenommen. Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament<sup>2</sup> entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und dürfte somit für den Rat annehmbar sein.
5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher gebeten, seine Zustimmung zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen, dass er
  - den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE-CONS 113/13 auf einer seiner nächsten Tagungen bei Stimmenthaltung der österreichischen und der bulgarischen Delegation und gegen die Stimmen der polnischen, der niederländischen und der tschechischen Delegation als A-Punkt billigt;
  - beschließt, die im Addendum enthaltenen Erklärungen in das Protokoll über diese Tagung aufzunehmen.

Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der Gesetzgebungsakt erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

---

<sup>1</sup> ABl. C 145 vom 30.6.2007, S. 5.

<sup>2</sup> Dok. 5942/14.